

QUARTALSBERICHT

Projektland: Südafrika

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. Zumas alljährliche Rede zur Lage der Nation
2. Gemeindewahlen für den 18. Mai angekündigt
3. Vorbereitungen für die UN-Klimakonferenz in Durban rollen an
4. Beginn des 2-jährigen Mandats im UN-Sicherheitsrat
5. Finanzminister Gordhan präsentiert leicht expansives Budget
6. Debatte um die Verstaatlichung der Minen geht weiter
7. Kontroverse um Übernahme durch amerikanischen Giganten Walmart
8. Turbulentes wirtschaftliches Jahr erwartet
9. Besorgnis über Nelson Mandelas Gesundheitszustand

INNENPOLITIK

Zumas Rede zur Lage der Nation

Die Rede des Präsidenten zur Lage der Nation welche die neue Legislaturperiode traditionell im Februar eröffnet, wurde dieses Jahr mit Spannung erwartet. Jacob Zuma stellte in seiner 90-minütigen Erklärung sein wichtigstes politisches Ziel der nächsten Jahre vor: die Schaffung von fünf Millionen Arbeitsplätzen. Zu diesem Zweck kündigte er weitreichende Investitionen und Subventionen an, welche den Unternehmen Anreize geben sollten, neue Stellen zu schaffen:

- Über die nächsten drei Jahre soll ein Fonds von 9 Mrd. Rand zur Schaffung von Arbeitsplätzen bereitgestellt werden;
- Der *Industrial Development Corporation*, dem nationalen Entwicklungsfinanzierungs-Institut, sollen über die nächsten fünf Jahre weitere 10 Mrd. Rand zur Verfügung gestellt werden, welche in Initiativen mit hohem Potential für die Schaffung von Arbeitsplätzen investiert werden sollen;
- Industrieunternehmen werden 20 Mrd. Rand in Form von Steuererleichterungen angeboten, wenn sie Investitionen, Expansionen und Reformen vornehmen, welche zur Arbeitsplatzschaffung beitragen.

Die geplante Beschäftigungsinitiative soll das neue Wirtschaftsprogramm flankieren (*New Growth Path*), das der Minister für Wirtschaftliche Entwicklung, Ebrahim Patel, im November 2010 vorstellte (siehe Quartalsbericht IV 2010).

Zumas Rede behandelte eine Reihe von weiteren Themen, die dieses Jahr von Bedeutung sein werden. Seine diesjährige Erklärung zur Lage der Nation im Vorfeld der Gemeindewahlen wurde von Analysten als eine der wichtigsten Reden während Zumas 5-jähriger Amtszeit bewertet. Die im Mai stattfindenden Gemeindewahlen gelten als wichtiges Barometer für seine Popularität. Zudem wird er nächstes Jahr seine Position als Präsident des ANC verteidigen müssen, weshalb er es sich nicht leisten kann, bei den diesjährigen Wahlen große Einbußen hinzunehmen.

Vorbereitungen für die Gemeindewahlen

Am 18. Mai finden Gemeindewahlen statt, die wie alle südafrikanischen Wahlen vom „*Independent Election Committee*“ organisiert werden. Die Anzahl der Wahlberechtigten beträgt rund 23,6 Mio., wobei Wähler nicht automatisch registriert werden, sondern sich bei ihrer Gemeinde vor ihrer ersten Wahl eintragen lassen müssen. Die Registrierungs-Wochenenden im Februar und März lassen auf eher geringes Interesse der Bevölkerung an den Wahlen schließen.

Die Phase des Wahlkampfes verläuft jedoch nicht ohne die üblichen Wahlkandale und -kapriolen.

COPE (*Congress of the People*), die Partei, die im Vorfeld der Landeswahlen 2009 als Splitterpartei des ANC gegründet wurde und einen Überraschungserfolg feierte, ist seit Monaten hoffnungslos zerstritten. Machtkämpfe an der Parteispitze nehmen extreme Ausmaße an, bei denen sich die zwei Opponenten, Mosiuoa Lekota und Mbhazima Shilowa, mit Gerichtsurteilen gegenseitig die Führungsrolle streitig machen. Zahlreiche Parteimitglieder sind inzwischen wieder dem ANC beigetreten. Ein ähnlicher Erfolg wie bei den Wahlen im Jahr 2009 wird unter diesen Umständen wohl kaum möglich sein.

Der ANC hat seine eigenen Probleme: Auf nationaler Ebene, auf der einen Seite, hat es seit geraumer Zeit Risse in der Partnerschaft mit dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der Kommunistischen Partei gegeben, die es nun zu glätten oder zumindest auf später zu verschieben gilt. Auf der anderen Seite revoltierte die Parteibasis in geschätzten 60 Ortsverbänden über den Auswahlprozess der Kandidaten und die Manipulation von Wahllisten. Der Vorwurf steht im Raum, dass von der Basis gewählte Kandidaten durch andere ersetzt wurden, welche einflussreichen ANC-Kreisen nahe stehen. In der Provinz Westkap, der einzigen südafrikanischen Provinz, in der der ANC keine Mehrheit hat, kam es anlässlich der ANC-Nominierungsverfahren sogar zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Der ANC hat die Provinz Westkap zur Priorität erklärt: es gilt, die Provinz von der Partnerschaft zwischen der „*Democratic Alliance*“ (DA) und den „*Independent Democrats*“ (ID) zurückzugewinnen. Ein neuer Führer, Marius Fransman, soll den

zersplitterten ANC im Westkap zum Sieg führen, indem er die Stimmen der „Coloureds“ (südafrikanischer Ausdruck für Personen gemischter Abstammung), die im Westkap die Mehrheit darstellen, zurückgewinnt. Ob Fransman, selber ein „Coloured“, dazu in der Lage ist, wird sich jedoch zeigen müssen, zumal seine eigene Wahl nicht ohne Kontroversen vonstatten ging. Zudem haben abfällige Bemerkungen des nationalen ANC-Sprechers gegenüber den „Coloureds“ die Popularität des ANC im Westkap negativ beeinflusst.

AUßENPOLITIK

Vorbereitungen für die UN-Klimakonferenz in Durban

Die diesjährige UN-Klimakonferenz (COP-17) findet Ende November/Anfang Dezember in Durban statt und Südafrika tritt damit nach der Fußballweltmeisterschaft wieder aufs internationale Parkett. Rund 25.000 Teilnehmer werden zu der Konferenz erwartet und die internationale Presse wird in den zwei Wochen gespannt nach Durban blicken. Wie bei der Fußball-Weltmeisterschaft hört man auch jetzt wieder Unkenrufe über unzureichenden Fortschritt bei der Organisation. Dabei geht es nicht nur um organisatorische Fragen; auch inhaltlich müssen sich die Regierung und die Verwaltung auf ihre öffentliche Rolle vorbereiten. Südafrika steht beim Kohlendioxid-Ausstoß an 12. Stelle weltweit und wird ein starkes Bekenntnis zu einer grüneren (d.h. weniger von Kohle abhängigen) Wirtschaft machen müssen, wenn das Land als glaubwürdiger Organisator der Konferenz auftreten will. Erste Schritte dazu wurden schon gemacht: Anlässlich der Konferenz in Kopenhagen 2009 verpflichtete sich die Regierung zu einer 34-prozentigen Reduzierung der Treibstoffemissionen bis 2020 und ein Diskussionspapier zum Klimawandel (*National Climate Change Response Green Paper*) ist momentan Gegenstand eines öffentlichen Anhörungsprozesses. Es wird erwartet, dass das daraus resultierende Umweltgesetz im Jahr 2012 in Kraft treten wird.

Südafrikas Mandat im UN-Sicherheitsrat

Am 1. Januar begann Südafrikas zweites Mandat als nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Das erste Mandat fand 2007 und 2008 statt und löste im Zusammenhang mit Südafrikas Stimmverhalten im In- wie im Ausland Kontroversen aus, vor allem in Bezug auf Abstimmungen über Sanktionen gegen Simbabwe und Myanmar, welche die Regierung ablehnte.

Seither hat sich Einiges verändert. Zum Einen hat Jacob Zuma Thabo Mbeki als Präsident abgelöst; zum Anderen wurde das Außenministerium umstrukturiert und in „Ministerium für Internationale Beziehungen und Zusammenarbeit“ (*Department of International Relations and Cooperation, DIRCO*) umbenannt. Ein Fachkräftemangel bleibt jedoch bestehen.

Dem Sicherheitsrat steht ein schwieriges Jahr bevor und das zweite südafrikanische Mandat wird die Regierung vor große Herausforderungen stellen. Laut Analysten hat Südafrika aber von den Fehlern des turbulenten ersten Mandats gelernt. Maite Nkoana-

Mashabane, Ministerin für Internationale Beziehungen und Zusammenarbeit, kündigte zu Beginn des Mandats an, dass die Reform des Sicherheitsrats eine Priorität der Regierung sei. Inzwischen haben aber die Ereignisse im Nahen Osten dieses Thema verdrängt. Bei den beiden wichtigen Abstimmungen über Libyen im März stimmte die südafrikanische Regierung im Sicherheitsrat beiden Vorlagen zu, obwohl Muammar Gaddafi Jacob Zuma während seinem Wahlkampf zum Präsidenten finanziell unterstützte. Die Zustimmung zu beiden Vorlagen löste jedoch bei gewissen ANC-Mitgliedern und Organisationen der Zivilgesellschaft Unmut aus, da sie lieber einen Schlichtungsversuch von Seiten der Afrikanischen Union gesehen hätten als ein Eingreifen der Vereinten Nationen oder gar der NATO.

WIRTSCHAFT

Haushalt 2011

Am 23. Februar stellte Finanzminister Pravin Gordhan den Haushalt für das laufende Jahr vor. Der Haushalt reflektiert das Ziel der Regierung, bis 2020 fünf Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen und kann als leicht expansiv beschrieben werden: In den nächsten drei Jahren werden die Ausgaben um 94,1 Mrd. Rand steigen. Das Defizit für 2011/12 wird auf 5,3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) geschätzt und soll dann langsam auf 4,8% (2012/13) und 3,8% (2013/14) sinken. Damit wird das anti-zyklische Verhalten der letzten Jahre fortgesetzt: in den Jahren 2006 und 2007 registrierte Südafrika einen Überschuss von 0,6 und 0,9 % des BIP, was den Fall in 2008 abfederte.

Die wichtigsten Ausgabenposten des Haushalts sind:

- Mehr als 150 Mrd. Rand werden für Subventionen und Investitionen, in Arbeitsstellen und Weiterbildung aufgewendet. Arbeitgeber werden eine Subvention für die Kosten von Angestellten zwischen 18 und 29 Jahren erhalten. Dieses sogenannte „*Youth Employment Subsidy*“ hat zum Ziel, Arbeitgebern einen Anreiz zu geben, junge Menschen anzustellen. Die Jungen sind überproportional stark von Arbeitslosigkeit betroffen: die Arbeitslosenquote bei den 15-24-jährigen liegt bei 48 % (die allgemeine Arbeitslosigkeit liegt bei 24 %);
- Sozialausgaben stellen den größten Ausgabenposten des Budgets dar und werden weiter erhöht. Unter anderem werden Rentner etwas mehr Geld erhalten und Renten für Invaliden und Pflegebedürftige werden erhöht;
- Die Ausgaben für Bildung werden um 9,7 % steigen;
- Eine 50-prozentige Steuererleichterung für Geringverdiener;
- Alkohol- und Tabaksteuern werden erhöht, ebenso wie die Abgaben auf Benzin und Diesel.

Der expansive Charakter des Budgets verunsichert die Analysten. Die Staatsschulden werden sich von 526 Mrd. Rand im Jahr 2008/09 auf geschätzte 1,4 Billionen Rand im Jahr 2013/14 erhöhen, was naturgemäß die Kosten der Schuldenfinanzierung in die Höhe treibt. Finanzminister Gordhan versicherte in den Wochen nach der Vorstellung

des Haushalts jedoch mehrmals, dass die Regierung immer noch eine Politik der Ausgabendisziplin verfolge. Man plane mittelfristig und Flexibilität sei notwendig angesichts der Rezession, von der sich das Land nur langsam erhole.

Debatte um die Verstaatlichung der Minen

Die Debatte um die Verstaatlichung der Minen lebt in den letzten Monaten wieder erneut auf. Die Verstaatlichung wurde letztes Jahr von der ANC-Jugendliga (ANCYL) thematisiert, was zu Spannungen führte zwischen dem linken Flügel des ANC sowie seiner Allianzpartner, und dem konservativeren Flügel, der mehrheitlich in der Regierung zu finden ist.

Laut Analysten gefährdete die Regierung mit ihrem monatelangen Schweigen zum Thema den Minensektor, währenddessen die Diskussion ungehindert große Wogen aufwarf. Es wird befürchtet, dass Südafrika durch die Unsicherheit um die Zukunft des Minensektors mehrere Milliarden Rand an Investitionen aus dem Ausland verpasst hat. Eine Bewertung des kanadischen Fraser Instituts zur Attraktivität Südafrikas als Investitionsstandort im Minensektor hat ergeben, dass Südafrika nur auf Rang 67 von insgesamt 79 ressourcenreichen Ländern liegt. Damit befindet sich Südafrika nur vier Plätze vor Simbabwe.

Der Minensektor steuert 6% zu dem BIP bei, ist für eine große Anzahl Arbeitsplätze verantwortlich, macht 31 % des Wertes der Johannesburger Börse aus und trägt jährlich 32 Mrd. Rand an direkten Steuern bei. Die ANCYL und die Nationale Gewerkschaftsunion für Metallarbeiter (NUMSA) verfolgen das Ziel der Verstaatlichung der Minen, um die Armut und Arbeitslosigkeit, welche seit geraumer Zeit auf rund 25% steht, zu vermindern. Laut ANCYL und ihrem kontroversen Anführer Julius Malema würde mit der Verstaatlichung der Reichtum von der Minderheit auf die Mehrheit umverteilt werden. Die Jugendliga hat außerdem damit gedroht, auf dem nächsten Parteitag des ANC, bei dem ein neuer Parteipräsident gewählt wird, nur Kandidaten zu unterstützen, die die Verstaatlichung unterstützen.

Die Regierung ist unter dessen bemüht die Märkte und Minenunternehmen zu beruhigen. So wurde offiziell mitgeteilt, dass die Verstaatlichung der Minen von der Regierung nicht verfolgt würde und die diesbezügliche Diskussionen würde nur innerhalb der Partei stattfinden. Jacob Zuma eröffnete jedoch im Februar ein staatliches Minenunternehmen, welches vorerst im Kohleabbau tätig sein wird. Dies ist nicht neu: der Staat Südafrika baut seit Jahren Diamanten ab. Unabhängig davon hat der ANC eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Modalitäten und Möglichkeiten der Verstaatlichung des Minensektors unter die Lupe nimmt. Die Resultate dieser Studie sollen auf dem Parteitag des ANC nächstes Jahr vorgestellt werden.

Übernahmepläne des amerikanischen Giganten Walmart

Walmart, der amerikanische Einzelhandelsgigant, will den afrikanischen Markt erobern. Walmart gilt als größter Arbeitgeber weltweit, dessen Umsatz zweimal so groß ist wie das südafrikanische BIP. Walmart bekundete letztes Jahr Interesse an der

südafrikanischen Firma Massmart, welche in 14 afrikanischen Ländern südlich der Sahara tätig ist. Walmart ist bereit, 16 Mrd. Rand für einen Anteil von 51% an Massmart zu bezahlen, welches in Südafrika durch Ketten wie Game, Makro, Dion Wired und Builder's Warehouse bekannt ist.

Der Eintritt Walmarts in den südafrikanischen Markt wird von verschiedenen Akteuren skeptisch beobachtet, allen voran von den Gewerkschaften. Obwohl die Wettbewerbskommission im Februar die Empfehlung abgab, der Übernahme bedingungslos zuzustimmen, ist der Übernahmeprozess im März bei der letzten Entscheidungsinstanz, dem Wettbewerbsgericht, auf Widerstand gestoßen: Vier Gewerkschaften sowie drei Ministerien konnten einen Aufschub der Anhörungen auf Mai durchsetzen.

Die Gewerkschaften vertreten die Meinung, dass Walmart in anderen Ländern gesetzeswidrig gehandelt habe. Das Unternehmen wird bezichtigt, wiederholt gegen Arbeitsgesetze verstoßen und Angestellte ausgebeutet zu haben, lokale Zulieferer durch unlautere Geschäftspraktiken ruiniert und durch Billigimporte indirekt Arbeitsplatzverluste verursacht zu haben. Norwegen, Schweden, die Niederlande und Deutschland hätten es geschafft, Walmart aus ihren Märkten auszuschließen.

Dem gegenüber steht die Meinung, dass das Interesse und das Vertrauen der weltweit größten Unternehmung in Südafrika ein positives Signal an andere multinationale Unternehmen gibt. Außerdem werde die Investition zum angestrebten Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Die geplante Übernahme hat in den letzten paar Monaten zu erhitzten Diskussionen geführt. Das Wettbewerbsgericht wird im Mai das letzte Wort über die Übernahme und die eventuellen Rahmenbedingungen haben.

Wirtschaftsdaten

Die ersten drei Monate des Jahres 2011 waren aus wirtschaftlicher Perspektive turbulent:

Die Inflationsrate der Monate Dezember, Januar und Februar lagen auf einem akzeptablen Niveau mit 3,5% im Dezember und 3,7% im Januar und Februar;

- Das BIP im letzten Quartal des Jahres 2010 lag mit +4,4% leicht über den Erwartungen. Damit liegt das BIP für das gesamte Jahr 2010 bei +2,8%, verglichen mit einer Kontraktion von -1,7% im Jahr 2009;
- Der Rand ist nach einem Höhenflug Ende letzten Jahres wieder etwas schwächer geworden, was der Exportindustrie zugute kommt.

Erste finanzpolitische Schwierigkeiten bahnen sich bereits an:

- Der Rand ist eine der volatilsten Währungen der Schwellenländer geworden;
- Es wird erwartet, dass die Inflation im Verlauf des Jahres bis auf 6% ansteigen wird. Diese wird vor allem vom steigenden Ölpreis getrieben, aber auch von

- den international gestiegenen Lebensmittelpreisen, von denen Südafrika bisher unter anderem durch den starken Rand verschont blieb;
- Aber auch nationale Faktoren fördern den Anstieg der Inflation: Im Jahr 2011 werden die Lebenshaltungskosten vor allem für Bewohner der Provinz Gauteng (wo sich Johannesburg und Pretoria befinden) deutlich teurer werden:
 - Im Juni wird auf den meisten Autobahnen der Provinz eine Maut eingeführt
 - Am 1. April wurden die Preise für Elektrizität zum zweiten Mal innerhalb von ein paar Monaten um 25% erhöht und weitere Erhöhungen stehen bevor
 - Es wird erwartet, dass die Kosten für Wasser um 35%, für Abfallgebühren um 6% und die Liegenschaftssteuern um 6,7% steigen werden
 - Zusätzlich werden im April die Benzin- und Dieselpreise im ganzen Land zum 8. Mal in Folge erhöht, dieses Mal nicht nur bedingt durch die höheren Ölpreise, sondern auch durch eine Erhöhung der Kraftstoffsteuer.

Die Zentralbank verfolgt das Ziel, die Inflation zwischen 3 und 6% zu halten. Sie wird daher bei einer stärker steigenden Rate genötigt sein, den Leitzins anzuheben. Analysten erwarten dies gegen Ende 2011 oder Anfang 2012. Die Erholung der Wirtschaft ist jedoch immer noch fragil und Haushalte kämpfen mit hoher Verschuldung (die durchschnittliche Verschuldung lag im 4. Quartal 2010 bei 77,6% des Haushaltseinkommens), womit eine Leitzinserhöhung zur Zeit unerwünscht ist. Insofern stehen Südafrika spannende finanzpolitische Diskussionen bevor.

GESELLSCHAFT

Nelson Mandelas Gesundheitszustand

Am Nachmittag des 26. Januar wurde bekannt, dass Nelson Mandela sich in einem Johannesburger Krankenhaus befand. Die Nelson Mandela Stiftung veröffentlichte eine Stellungnahme, die in zwei kurzen Sätzen erklärte, dass Nelson Mandela sich zu Routineuntersuchungen ins Krankenhaus begeben habe und dass er „bei guter Laune“ sei.

Diese kurze Nachricht sowie strenge Sicherheitsvorkehrungen beim Krankenhaus und eine Reihe von Besuchern der Familie und der politischen Elite, löste in den Medien und der Bevölkerung spontane Besorgnis aus. Am nächsten Tag riefen der ANC und die Regierung ohne weitere Informationen zum Gesundheitszustand Mandelas zu geben zur Ruhe auf. Die Gerüchteküche brodelte. Erst am frühen Freitagnachmittag wandte sich der stellvertretende Präsident Kgalema Motlanthe – Jacob Zuma befand sich zu dem Zeitpunkt am *World Economic Forum* in Davos – an die Medien. Demzufolge litt Nelson Mandela an den Folgen der Tuberkulose, an der er Jahre zuvor erkrankt war, und unterzog sich dazu einer Untersuchung. Er wurde am selben Tag aus dem Krankenhaus entlassen.

Die Bevölkerung atmete auf – Spekulationen, lückenhafte Kommunikation und Überaktivität auf der „Social-Network“ Plattform Twitter ließen das Schlimmste befürchten. Es machte sich aber auch große Empörung darüber breit, wie die Öffentlichkeit über den Gesundheitszustand Nelson Mandelas informiert wurde. Mangelnde Koordination und Absprache zwischen der Nelson-Mandela-Stiftung, der Regierung und dem ANC, die allesamt nichtssagende Stellungnahmen veröffentlichten wurden für die schlechte Informationspolitik während der zwei Tage verantwortlich gemacht. Kgalema Motlanthe gab Fehler bei der Kommunikation zu und versprach, in Zukunft die Bevölkerung besser über Nelson Mandelas Gesundheitszustand zu informieren.

Nelson Mandela, erster Präsident des freien Südafrikas, Ikone und einer der bekanntesten Menschen weltweit, ist inzwischen 92 Jahre alt. Die emotionale Reaktion der Bevölkerung auf seine Einlieferung ins Krankenhaus beweist seine ungebrochene gesellschaftspolitische Bedeutung.

Während der Tage des bangen Wartens auf Neuigkeiten über Nelson Mandelas Gesundheitszustand geisterte in den Köpfen vieler Leute die Frage herum: welchen Einfluss hätte ein Ableben der Ikone auf das Land? Trotz seines Rückzugs aus dem gesellschaftspolitischen Leben - sein letzter öffentlicher Auftritt war die Eröffnungsfeier der Weltmeisterschaft im Juni letzten Jahres – gilt Mandela weiterhin als Bindeglied einer zersplitterten Gesellschaft. Kritiker behaupten, dass schon in den letzten zehn Jahren - also noch während Mandelas Lebenszeit - ein signifikanter Anstieg an Korruption und Misswirtschaft an öffentlichen Institutionen und eine gewisser Grad an Erodierung seiner Werte stattgefunden hat. Wie auch immer man über die Zukunft Südafrikas nach Nelson Mandela denkt, für den Moment hat die Nation aufgetatmet. Aber die Tage des bangen Wartens haben die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, dass der Tag kommen wird, an dem sie von ihrer Ikone Abschied nehmen muss.

Wolf Krug,

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Johannesburg, Südafrika

IMPRESSUM

Erstellt: 31.03.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011
Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de

Hanns-Seidel-Stiftung_Quartalsbericht_Projektland_Quartal_2011_I